

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER KOMMUNALEN LANDESVERBÄNDE

Zur Novembersteuerschätzung erklären die kommunalen Landesverbände:

Finanzlage der Kommunen nach wie vor dramatisch – noch keine Entwarnung

Seit heute liegen die regionalisierten Ergebnisse der 137. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 2. bis 4. November 2010 in Baden-Baden vor. Danach ergeben sich in der Prognose leichte Verbesserungen gegenüber den bisherigen Schätzungen. Die Kommunen werden die Ist-Einnahmen aus Steuern und Finanzausgleich des Jahres 2008 bis zum Jahr 2012 nach der Prognose nicht erreichen.

„Die Kommunen müssen strikt am Konsolidierungsplan für ihre Haushalte festhalten. Allein bis zum Jahr 2012 werden sie gegenüber dem Jahr 2008 mit 516 Mio. € weniger Einnahmen auskommen müssen. Im gleichen Zuge steigen die Ausgaben und bringen die Kommunalfinanzen in immer schwierigeres Fahrwasser“, stellte das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Städteverbandes Schleswig-Holstein, **Jochen von Allwörden**, fest und befürchtet, dass auch in den absehbaren Zeiten konjunktureller Erholung die Kommunalfinanzen nicht wieder ins Lot kommen.

„Die Talsohle ist noch lange nicht durchschritten. Das Land steht in der Pflicht, die Kommunen aufgabenangemessen zu finanzieren, erklärte das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages, **Jan-Christian Erps**, und mahnte damit die Rückführung des Eingriffs in den kommunalen Finanzausgleich an, durch den das Land allein seit dem Jahr 2007 den Kommunen 480 Mio. € Finanzmittel entzogen hat. „Gleichzeitig brauchen wir vom Bund dringende Entlastungen im Bereich der Sozialausgaben, wie sie in der Gemeindefinanzkommission in Aussicht gestellt worden sind“, ergänzte Erps.

„Angesichts der schwierigen Finanzlage gibt es keinen Spielraum für Steuersenkungen, die die kommunale Einnahmehasis weiter schmälern. Vielmehr müssen die Kommunen wieder mehr eigenverantwortlichen Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum erhalten und besser an den Gesetzgebungsverfahren beteiligt werden, sagte **Jörg Bülow**, Landesgeschäftsführer des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages.

„Wir brauchen ein Maßnahmenpaket von Bund und Ländern, um die kommunale Finanzausstattung zu stärken und das Ausgabenwachstum zu stoppen. Der Einbruch der Kommunalfinanzen stellt viele Kreise, Städte und Gemeinden vor unlösbare Probleme. Der Haushaltsausgleich ist nicht mehr herzustellen, die Defizite steigen und viele Kommunen befürchten, handlungsunfähig zu werden“, so die Geschäftsführer der kommunalen Landesverbände abschließend.